

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtmindererrat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 6.50 M., monatlich 2.20 M., durch die Post vierteljährlich 6.60 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nr. 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzettel 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Nekrolog u. Eingekant die Seite 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrhammer, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 :—: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 143

Bad Schandau, Dienstag, den 22. Juni 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Kommunalwahlen in Groß-Berlin haben für die beiden sozialistischen Parteien zusammen eine Mehrheit ergeben.

\* Der Reichspräsident hat nunmehr den Abgeordneten Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt.

\* In Berlin starb am Herzschlag der bekannte demokratische Politiker Staatsminister a. D. Dr. Friedberg.

\* Die Konvention von Spa ist inzwischen auf den 15. Juli verschoben worden.

\* Lloyd George hat erklärt, daß England niemals ein freies Irland dulden werde.

\* Die amerikanische Regierung verlangt von den übrigen Entente-Ländern Rückzahlung der gewährten Kriegsdarlehen.

## Reichskanzler Fehrenbach.

Nicht Müller und nicht Heinze und nicht Trimborn, sondern der Präsident der Nationalversammlung ist dazu ausersehen worden, als neuer Reichskanzler sich am kommenden Donnerstag dem frisch gewählten Reichstage vorzustellen. Genau vierzehn Tage hat es gedauert, ehe der Herr Reichspräsident diese Ernennung vollziehen konnte; wohl die längste Ministerkrisis, die es in Deutschland jemals gegeben hat. Freilich war auch die Aufgabe, die gelöst werden mußte, so ziemlich ohne Beispiel in unserer Geschichte; sie läßt sich wohl mit der Quadratur des Kreises in Vergleich stellen. Und wie sie schließlich mit dem „Block der Mitte“ gelöst worden ist, darüber läßt sich heute nur ein mit aller Anglichkeit verlaufenes Urteil abgeben. Denn dieser Block ist eine Minderheitsregierung, während doch die Weimarer Verfassung ausdrücklich vorschreibt, daß der Kanzler und seine Minister das Vertrauen des Reichstages, also seiner Mehrheit genießen müssen. Wird die Sozialdemokratie ihre zugesicherte Neutralität so weit betätigen, daß sie dem Kabinett Fehrenbach bei seiner Vorstellung am 24. Juni ihr Vertrauen vollt? Oder rechnet man damit, daß die geschildert ferngehaltene deutschnationale Volkspartei vor diesem bürgerlichen Ministerium eine wohlwollende Verbeugung machen wird? Und wenn die ersten Parlamentstage noch glücklich ablaufen, besteht Aussicht dafür, daß nicht irgendein unvorhergesehener Zwischenfall die Mehrheit von heute sehr bald in eine Minderheit von Morgen verwandelt? So viele Fragen, so viele Sorgen. Aber es nützt alles nichts, der Versuch muß gewagt werden, und wie die Dinge liegen, verdient Herr Fehrenbach den Dank des deutschen Volkes für die Bereitschaft, trotz aller bestehenden Bedenken in die Bresche zu springen. Ein leichtes Kanzlerleben ist es nicht, dem er entgegengeht.



Konstantin Fehrenbach.

Ein Rechtsanwalt aus Freiburg im Breisgau. Man kennt ihn, seine Art und sein Wesen schon ziemlich genau aus seiner Tätigkeit als Präsident der Nationalversammlung. Summervoll, geruhiger Überlegenheit pflegte er seines Amtes zu walten, stets auf dem Sprunge, aufgeregte Volksvertreter durch süddeutsche Gemütslichkeit wieder zu Sanftmut und freundlicheren Umgangsformen zu befehlen. Dabei ein guter Schuß Würde, und recht viel Pathos, wo es von der Feierlichkeit des Augenblicks gefordert wurde. Es mag hier und da wohl einmal eine Situation gegeben haben, wo seine Unparteilichkeit von politischen Gegnern angezweifelt werden konnte, wo im entscheidenden Augenblick nicht das rechte Wort, bei heftigen Zusammenstößen zwischen rechts und links nicht der verbindende Ausgleich sich finden wollte. Im großen und ganzen aber hat er es verstanden, sich bei allen Parteien Ansehen und Wertschätzung zu erwerben, so daß man seiner Überfiedelung ins Reichskanzlerpalais zum mindesten mit der einen Hoffnung entgegensehen kann, daß sie nicht zu weiterer Zuspitzung der Parteigegensätze führen werde. Man muß ihm auch zugestehen, daß er von Anbeginn seiner politischen Laufbahn an auf dem linken Flügel des Zentrums gestanden hat; die Rolle, die er im Zabernfall gespielt hat, legte davon offenes Zeugnis ab. So galt und gilt er auch als rückhaltloser Freund und Gönner des Herrn Erzberger, unter dessen Führung das Zentrum immer näher an die ausgesprochenen Parteien der Linken herangerückt ist. Wenn also die Aufgabe des Augenblicks, nach dem Ergebnis der Wahlen vom 6. Juni, dahin festgelegt wurde, die Fühlung mit der Sozialdemokratie unter keinen Umständen zu verlieren, so war Herr Fehrenbach unzweifelhaft der richtige Mann für den Kanzlerposten. Die Sozialdemokraten können gegen ihn im Grunde nur den einen Einwand erheben, daß er einem anderen Lager entstamme; aber da sie selber jede

Beteiligung an der neuen Regierung, trotz immer wiederholter Vermählungen, abgelehnt haben, müssen sie sich mit dieser Tatsache schließlich abfinden. In der Regierung der Mitte, die nach einigermaßen ängstlich geführten Parteiverhandlungen nunmehr glücklich zustande gekommen ist, wird Herr Fehrenbach an erster Stelle die Rolle als „Ausgleichsminister“ zufallen, und man muß schon sagen, daß unter den gegebenen Verhältnissen kaum eine geeignetere Wahl zu treffen war. Als ein günstiges Vorzeichen seiner Wirksamkeit darf ferner in Rechnung gestellt werden, daß bei der Auswahl seiner Mitarbeiter nicht wieder wie bisher in erster Reihe auf ihre Parteizugehörigkeit gesehen werden soll; das wäre immerhin ein gutes Beispiel, das hoffentlich auch in den mittleren und unteren Regionen des Beamtentums wieder mehr Nachahmung finden wird. Auch die Zurückdrängung verfassungsrechtlicher Streitfragen, zu der sich die Parteien der Regierung geeinigt haben, um alle Kräfte auf die Bewältigung der wichtigsten auswärtigen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen des Augenblicks zu sammeln, wird vielleicht Schule machen. Es ist höchste Zeit, daß endlich der Guß begimme, der unseren Wiederaufbau einleiten soll.

Herr Fehrenbach ist nicht der erste Zentrumskanzler, den wir haben. Graf Hertling hat vor ihm den Amtsstuhl des Fürsten Bismarck eingenommen, und er hätte die ihm gestellten Aufgaben vielleicht besser lösen können, wenn er noch im Vollbesitz seiner Arbeitskraft gewesen wäre. Auf Herrn Fehrenbach trifft diese Voraussetzung glücklicherweise zu. Dafür stellt freilich die Gegenwart, nach Kriegsverlust und Revolution, an den Leiter der deutschen Reichsgeschäfte noch ungleich riefenhaftere Anforderungen, als es selbst im Weltkrieg der Fall war. Nur wenn alle guten Deutschen den neuen Kanzler mit voller Hingabe in seinem schweren Werk unterstützen, wird es gelingen können.

Konstantin Fehrenbach wurde geboren am 11. Januar 1852 in Wellendingen, Amt Bonndorf, wo sein Vater Volksschullehrer war. Nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums wandte er sich dem Rechtsstudium zu, ließ sich als Rechtsanwalt in Freiburg i. B. nieder, wurde dort 1895 Stadtrat und war von 1901 bis 1913 Mitglied der Zweiten badischen Kammer, von 1909 ab Präsident der Kammer. Im deutschen Reichstage saß er seit 1908. Am 8. Juni 1918 wurde er zum Reichstagspräsidenten, am 12. Februar zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

## Die neue Regierung Fehrenbach.

Berlin, 22. Juni. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, kann die Regierungsbildung als vollkommen erreicht angesehen werden, so daß das Kabinett in aller kürzester Zeit gebildet sein wird. Ueber die Besetzung einiger Aemter ist endgültig noch nicht entschieden, weil die für diese Posten in Betracht kommenden Persönlichkeiten ihre Zustimmung noch nicht gegeben haben. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Innern Koch, Finanzminister Wirth, Postminister Giesberts, Reichsernährungsminister Hermes, Reichswehrminister Geßler, Reichsjustizminister Dr. Heinze, für das Reichsschatzministerium vorgelesen von Kardorf. Die Besetzung des Reichsverkehrs-, Wirtschafts- und Arbeitsministeriums ist noch nicht entschieden. Für letzteres kommt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauminiisterium wird aller Voraussicht nach mit einem anderen Ministerium verbunden werden. An die Errichtung eines besonderen Ministeriums ohne Portefeuille, wie es David im alten Kabinett innehatte, denkt Fehrenbach nicht. Das Auswärtige Amt, dessen sachmännische Besetzung von allen Parteien als dringend erwünscht bezeichnet worden ist, wird durch Geheimrat Simons besetzt werden.

## Die Stelle des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 22. Juni. Zu der Blättermeldung, daß die Sozialdemokraten es ablehnen, den Präsidenten des Reichstages zu stellen, erklärt die „Germania“, daß auch beim Zentrum, das schon in hervorragendem Maße an der Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung besteht, den Präsidentenposten des Reichstages zu besetzen.

## Die neue anhaltische Regierung.

Deßau, 22. Juni. Der anhaltische Landtag bildete gestern die neue Regierung. Der bisherige mehrheitssozialistische Staatspräsident Delft wurde einstimmig wiedergewählt. Die bisherige Koalition zwischen Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten bleibt bestehen. Die Opposition der Rechten und Linken sicherte der Regierung ihre sachliche Mitarbeit zu.

## Verbotene Zeitungen im Maingau.

Frankfurt, 22. Juni. Seit Sonnabend sind nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ diese Zeitung selbst und außerdem sämtliche Maingauer Zeitungen von den Franzosen in Ludwigshafen verboten worden.

## Unruhen in Osnabrück.

Osnabrück, 22. Juni. Vergangene Nacht kam es in der Stadt zu erheblichen Kämpfen. Die Ursache ist in Lebensmittelunruhen zu suchen, die dann weiterhin offenbar politischen Charakter annahmen. Versuche, das Gefängnis zu stürmen, blieben ohne Erfolg. Das Schießen dauerte bis nachts 2 Uhr ununterbrochen an. Der Sicherheitspolizei gelang es bisher nicht, der Unruhen Herr zu werden. Ueber das Eingreifen von Militär ist, trotzdem die Kämpfe fortbauern, bis zur Stunde noch nichts bekannt.

## Arbeiter und Angestellte.

Erfeld. (Unruhen und Arbeitsunterbrechung.) Hier sind neue Unruhen ausgebrochen. Der Betrieb der Barmer Werfbahn ist plötzlich stillgelegt worden. Die Eisenbahner im Erfelder Bezirk sind in den Streik getreten und lassen keine Züge mehr ausfahren. Eine Ausdehnung des Streiks ist mit Sicherheit zu erwarten. Seit einiger Zeit befindet sich die Arbeiterchaft des Rheinlandes in einer gewissen Gärung, was nicht zuletzt auf die scharfen Maßregeln der Rheinlandkommission im Düsseldorf-Bezirk zurückzuführen ist, wo alle Versammlungen verboten worden sind.

Halle. (Der Elektrizitätsstreik beendet.) Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter in Halle ist beendet. Der Magistrat hatte ein Eingreifen der Technischen Hochschule abgelehnt. Er begründete diese Maßnahme damit, daß er die Aufrechterhaltung des Elektrizitätswerkes nicht als lebenswichtig ansehe.

## Der Arbeitgeber als Steuereinnahmer.

Ergänzende Bestimmungen. Nach § 12 Abs. 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 kann dem Arbeitgeber gestattet werden, statt der Einzahlung des einbehaltenen Betrages durch Steuermarken die Einzahlung unmittelbar in bar oder durch Überweisung an die Steuerbefehle vorzunehmen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer zuständig ist. Um Arbeitgebern mit zahlreichen in mehreren Gemeinden wohnhaften Arbeitnehmern die Durchführung zu erleichtern, wird hierdurch folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer, und sind für die Erhebung der von ihnen zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbestellen zuständig, so ist der Arbeitgeber berechtigt, den einbehaltenen Betrag an die für die Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Finanzkasse abzuführen. In diesen Fällen hat der Arbeitgeber die Nachweisung — Muster 3 — und zwar in dreifacher Ausfertigung, bei derselben Klasse einzureichen. Die Nachweisung ist einseitig zu beschreiben und so einzurichten, daß die einzelnen Abschnitte ohne Abschreibung auf die Finanzämter verteilt werden können, die für die Erhebung der Einkommensteuer der Arbeitnehmer in Betracht kommen; die einzelnen Arbeitnehmer sind zunächst nach Wohnorten zusammenzufassen. Die Finanzkasse hat die Nachweisung dem für sie zuständigen Finanzamt abzugeben. Das Finanzamt trennt die Abschnitte und leitet sie an die für die einzelnen Arbeitnehmer zuständigen Finanzämter weiter.

## Wissenschaftliche Betriebsführung.

Von Georg Hammerichlag.

Als vor einigen Jahren die beiden Amerikaner Taylor und Gilbreth mit ihrem System der wissenschaftlichen Betriebsführung in die Öffentlichkeit traten, fehlte es auch bei uns in Deutschland nicht an Versuchen, dieses System in den industriellen Betrieben einzuführen. Der Erfolg war ein vollkommen negativer. Die Arbeiterschaft lehnte sich insgesamt gegen das „Bironenqueisch“ oder „Gehvogel-System“ auf. Schließlich wurde das Taylor-System mit dem Urteile beiseite gelegt, daß es vielleicht für amerikanische Verhältnisse, aber nicht für deutsche passend sei.

War das Taylor-System aus den Werksstätten verbannt, so beschäftigte sich doch die deutsche Wissenschaft weiter mit der Frage der wissenschaftlichen Betriebsführung. Bironenqueisch oder Gehvogel-System, der Arbeiter hatte das Empfinden, daß er ausgebeutet wurde; da lag der Haken. Die Amerikaner hatten wohl eine Methode gefunden, um einen Betrieb so zu führen, daß er möglichst viel Nutzen dem Unternehmer abwarf, aber sie hatten sich nicht genügend mit der Frage beschäftigt, wie erhalte ich den Arbeiter leistungsfähig und arbeitsfreudig. Wie erziele ich als Unternehmer den größten Nutzen bei größter Schonung des Arbeiters? So mußte die Frage lauten.

Die Wissenschaft, welche sich zur Aufgabe macht, diese Frage zu beantworten, nennen wir Psychotechnik. Obwohl als Wissenschaft noch recht jung, so kann sie heute doch bereits auf ganz ausgezeichnete Erfolge zurückblicken. Die betriebswissenschaftlichen Erfahrungen sind heute schon so zahlreich, daß wir im folgenden uns damit bedienen müssen.